

Österreichs Neutralität: Schlüssel zur Sicherheit in Europa?

Bundesrat Schennach diskutiert am 10.04.2025 die Rolle der österreichischen Neutralität für Frieden und Sicherheit in Europa.

Österreich, Europa - In der aktuellen Bundesratsdebatte hat der SPÖ-Fraktionsvorsitzende Stefan Schennach die Rolle der Neutralität in Österreich als unverwechselbaren Beitrag für Frieden und Sicherheit in Europa unterstrichen. Er stellte klar, dass die österreichische Außenpolitik auf einer regelbasierten internationalen Ordnung basieren sollte, die jüngst durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine erheblich gefährdet ist. Dabei kritisierte er die Handlungen des US-Präsidenten, die seiner Meinung nach gegen WTO-Regeln verstoßen und den globalen Handel gefährden. Schennach betonte die Verantwortung Österreichs in einem vereinten Europa und verwies auf den EU-Beitrittsvertrag, der die Neutralität als einen fundamentalen Aspekt des österreichischen Friedensengagements festhält, wie **OTS** berichtet.

Österreich ist heute nicht nur Sitz zahlreicher internationaler Organisationen wie der UN und der OSZE, sondern engagiert sich auch aktiv im Rahmen von friedenssichernden Missionen. Schennach informierte darüber, dass die Regierung plane, die Kapazitäten des Bundesheeres zu stärken, um die Landesverteidigung sowohl geistig als auch militärisch zu festigen. Das Bundesheer leistet bereits einen wichtigen Beitrag zur Stabilität auf dem Balkan im Rahmen der UN-Mandate.

Dimensionen der Neutralität

Die österreichische Neutralität, die seit über 40 Jahren eine zentrale Rolle in der Sicherheitspolitik des Landes spielt, besitzt laut Martin Senn drei Dimensionen: Ausdeutung, Attraktivität und Abschreckung. Diese Aspekte sind fundamental für die Gestaltung der Neutralitätspolitik und die Sicherung derselben nach außen. Senn beschreibt die Entwicklung der Neutralität in vier Phasen, beginnend mit der Konsolidierung 1955 und einer Expansion in den 1970er und 1980er Jahren, bis hin zu einer Stagnation seit Mitte der 2000er-Jahre, in der mehrere Parlamentsparteien ihre Unterstützung für die Neutralität bekräftigt haben, wie **parlament.gv.at** hervorhebt.

Die jüngsten Entwicklungen, insbesondere der Ukraine-Krieg, haben die sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen in Österreich und der EU stark verändert. Politische Akteure sind sich darüber im Klaren, dass militärische Gewalt zunehmend als legitimes Mittel zur Durchsetzung nationaler Interessen angesehen wird. Während einige Staaten die Grundregeln des Völkerrechts verteidigen wollen, steht Österreich vor der Herausforderung, seine sicherheitspolitische Rolle in dieser neuen Realität zu definieren. Laut **Die Presse** erfordert dies möglicherweise eine Neuausrichtung der Neutralität oder gar eine Verfassungsänderung.

Die Zukunft der Neutralität

Die Diskussion über die Neutralität wird zudem durch das bestehende rechtliche Rahmenwerk, insbesondere den Artikel 23 des Bundes-Verfassungsgesetzes (B-VG), unterstützt. Während der Sicherheitsratsbeschluss zum dritten Jahrestag des Übergriffs Russlands auf die Ukraine die Spannungen verstärkt, ist es auch erkennbar, dass in der aktuellen Regierungskoalition wenig Unterstützung für eine klare Haltung zur Neutralität besteht. Die FPÖ zeigt sich skeptisch gegenüber einer europäischen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit, während die Notwendigkeit für eine Integration europäischer Streitkräfte als wachsend erachtet wird.

Um eine positive Entscheidung in einem möglichen Volksentscheid über die Neutralität zu erreichen, könnte dies die Rolle Österreichs als stabilisierenden Faktor in einem europäischen Friedensprojekt stärken. Es bleibt abzuwarten, welche Richtung die österreichische Sicherheitspolitik in den kommenden Jahren einschlagen wird, insbesondere im Kontext einer sich zunehmend verändernden geopolitischen Landschaft.

Details	
Ort	Österreich, Europa
Quellen	• www.ots.at • www.parlament.gv.at • www.diepresse.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at